

Protokoll der Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ am 11.02.2021

Anwesend: Herr Kremer (Hotti e.V., Vorsitzender), Herr Beckmann (CDU), Frau Dr. Echterhoff (SPD), Frau Jung (FDP), Frau Schulenburg (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Herr Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft), Frau Jansen (Jugendamtselfternbeirat) sowie vertretende Mitglieder
Verwaltung: Herr Doğan, Frau Dedenbach, Herr Dr. Serafin, Herr Germscheid, Herr Engels, Frau Jung

TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kremer, begrüßte die Mitglieder des Unterausschusses und die anwesenden Gäste und eröffnete die Sitzung. Er berichtete, dass diese Sitzung als Zoom-Sitzung eine Premiere sei. Die Durchführung als Online-Sitzung sei mit dem Ratsbüro abgesprochen und in dieser Form möglich, da keine Beschlüsse gefasst werden sollen. Im Anschluss erklärte er das Verfahren zu den Wortmeldungen und bat die stellvertretenden Mitglieder und die Gäste, ihre Kameras auszuschalten, um die Übersicht zu verbessern und das Datenvolumen zu verringern. Den als Gästen anwesenden Vertretungen der Jugendverbände und der freien Träger kündigte er die Möglichkeit an, pro Träger jeweils ein Statement zu den Tagesordnungspunkten abgeben zu können.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Alle Mitglieder des Unterausschusses waren zugeschaltet.

TOP 3: Benennung eines Schriftführers

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schlug Herrn Engels vom Fachdienst Jugendförderung als Schriftführer vor und fragte, ob es hierzu Einwände gebe. Da keine Einwände erhoben wurden, ist Herr Engels als Schriftführer benannt.

TOP 4: Kommunaler Kinder und Jugendförderplan (JFP)

Herr Dr. Serafin berichtete über die Notwendigkeit der Aufstellung eines solchen Rahmenplanes für die Bereiche der Jugendförderung (Jugendverbandsarbeit, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz). Der Plan sei jedoch nicht nur die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung sondern auch ein geeignetes Steuerungselement, in dem Bedarfe, Voraussetzungen und Angebote für die kommenden fünf Jahre festgelegt werden können.

Herr Germscheid berichtete mit einer Präsentation (Anlage 1) über die Inhalte und Themenfelder des Planes und über den bisherigen Verlauf der Erstellung seit Mitte 2020. Die vom Fachdienst Jugendförderung vorgelegten Textentwürfe wurden in zwei Online-Foren mit den freien Trägern und mit Kindern und Jugendlichen abgestimmt und durch eingegangenen Anregungen ergänzt. Herr Germscheid verwies darauf, dass die Texte und vor allem der Maßnahmenkatalog zwar jetzt zur Diskussion in den Unterausschuss und zum Beschluss in den kommenden Jugendhilfeausschuss gegeben würden, dennoch, vor allem im Maßnahmenplan weiterhin neue Ideen einfließen können.

Frau Dr. Echterhoff, Herr Beckmann und Frau Schulenburg dankten der Verwaltung für den gut ausgeführten Prozess und lobten das gute Ergebnis.

Auf entsprechende Nachfragen erklärte Herr Germscheid, dass es zum Begriff „Zielerreichungsgrad“ schon mehrfach Nachfragen gegeben habe. Gemeint sei die Definition, wann das Ziel erreicht sei. Obwohl dieser Begriff ein in Förderplänen üblicher Fachterminus sei, werde überlegt, diesen zu ändern. Eine Angabe von Zeitschienen und von

Zwischenzielen sei den einzelnen Trägern bei der Eingabe ihrer Vorschläge für die Maßnahmenplanung überlassen worden.

Die Aufgabe der Digitalisierung betreffe die Arbeitsfelder unterschiedlich, z.B. gehe es bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zum einen um die technische Ausstattung der Jugendeinrichtungen, zum anderen aber auch um entsprechende Angebote, gerade auch im Lockdown, unter Nutzung der sozialen Medien oder digitaler Plattformen. Bei den Themen Inklusion und zur Diversität gebe es einen engen Austausch mit der Stabstelle Integration und Sozialplanung (IuS), die sich an der Erstellung des Förderplanes beteiligt habe. Entsprechend gebe es auch eine Zusammenarbeit bei der momentan laufenden Weiterführung des kommunalen Aktionsplans Inklusion. .

Jürgen Misch regte an, die Vielfalt der bestehenden inklusiven Aktivitäten im Text herauszustellen, auch Kooperationspartnerschaften sollten erwähnt werden. Herr Doğan antwortete, der Förderplan solle keine Ist-Beschreibung sein, der Texte werde dahingehend aber nochmals überarbeite. Ergänzungen seien ausdrücklich erwünscht.

Herr Beckmann fragte nach der Größe der Zielgruppe für inklusive Angebote. Herr Dr. Serafin antwortete, diese Angabe sei schwierig zu erfassen, da es keine systematischen allgemeinen Erfassungen darüber gebe, nur situationsbedingte z.B. bei Anmeldungen zu Kitas, Schulen oder Ferienangeboten. Die Aufgabe der Inklusion müsse aber bei der Planung jeder Maßnahme mit bedacht werden. Herr Doğan ergänzte, dass es für die Schulen eine Erfassung der Förderbedarfe gebe, die dem Jugendhilfeausschuss zugänglich gemacht werden könne. Diese sei jedoch nicht repräsentativ, da nur ein eingeschränktes Altersspektrum erfasst sei und Kinder, die nicht in Sankt Augustin zur Schule gingen, nicht erfasst seien.

Frau Jung und Herr Kourkoulos verwiesen auf die zu erwartenden zunehmenden Probleme von Kindern gerade im emotionalen Bereich durch die Corona-Pandemie Herr Kourkoulos regte an, diesen Förderbedarf in den Förderrichtlinien der Jugendarbeit neben der körperlichen und geistigen Behinderung stärker herauszustellen.

Frau Echterhoff fragte nach, inwieweit Änderungsvorschläge bis zum Beschluss des Förderplans im kommenden Jugendhilfeausschuss eingereicht und von der Stadtverwaltung berücksichtigt werden können.

Herr Doğan regte an, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zeitnah an Herrn Gernscheid zu senden, der diese falls notwendig in die Nachversendung oder als Tischvorlage für den JHA einarbeiten werde. Konfliktreiche Fragen könnten dann in der Sitzung diskutiert und entschieden werden. Herr Waldästl berichtete, es sei abgesprochen, die Tischvorlage im Änderungsmodus gegenüber der vorliegenden Version vor der Sitzung zu versenden, um eine einfache Sichtung der geänderten Passagen zu ermöglichen.

TOP 5: Konzept zur Weiterentwicklung der Ferienangebote

Herr Dr. Serafin verwies auf ein großes Interesse der OGS-Träger, in Ferienangebote einzusteigen, um den Kindern ein wohnortnahes Angebot zu geben und um ihren Mitarbeitenden bessere Verträge anbieten zu können. Gleichzeitig gebe es zumindest auf städtischer Seite zunehmende Schwierigkeiten, ein bedarfsgerechtes Ferienprogramm im Rahmen der jetzigen Konzeption zu gewährleisten. Vor allem die Suche nach Fachkräften für Aktionsleitungen sei auf der vorhandenen finanziellen und vertragsrechtlicher Basis schwierig. Zudem sei deutlich, dass ein ansprechendes Ferienangebot für ältere Kinder fehle. Er stellte einen Konzeptentwurf vor, der diese Fragen aufgreift. Es gebe jedoch noch unterschiedliche Auffassungen, unter anderem zur Finanzierung, zu der Frage des Bedarfes und zur Verteilung der räumlichen Ressourcen. Über diese Fragen müsse es noch einen weiteren Austausch geben, unter anderem in dieser Sitzung.

Herr Doğan ergänzte, dass die Verwaltung bewusst entschieden habe, den Punkt in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses von der Tagesordnung zu nehmen, um mehr Zeit zu haben für die Klärung der offenen Fragen. Der Vorschlag der OGS

Träger zu einer solidarischen Finanzierung wäre ein Strukturwandel, der sehr in die bestehende Beitragssatzung für die OGS eingreifen würde. Hierzu bat er um Rückmeldungen der Politik. In diesem Jahr seien die Aktionen abgesichert, sodass genügend Zeit sei, die offenen Fragen mit den Trägern von OGS und von Ferienangeboten zu klären.

Herr Dr. Pich lobte das Ferienangebot der Stadt Sankt Augustin als vorbildlich, vor allem unter den erschwerten Bedingungen 2020. Das vorgelegte Konzept bewertete er als gut und erklärte, aus Elternsicht sehe er ein solidarisch finanziertes OGS-Ferienangebot positiv und für die Eltern als die einfachere Lösung. Er fragte nach, ob die Fördermittel, die das Land für Ferienmaßnahmen, vor allem zum Ausgleich von Bildungsdefiziten durch den Lockdown zur Verfügung stelle, in den Planungen mitbedacht seien.

Frau Dedenbach erklärte, diese Förderungen seien als schulisches Angebot gedacht. Die Schulverwaltung werde entsprechende Impulse an die Schulen geben. Angebote in dieser Form seien jedoch keine alleinige Aufgabe der Jugendförderung. Gegebenenfalls seien hier Kooperationen der Schulen mit der Ganztagsbetreuung und Trägern der Jugendförderung zu prüfen.

Auch Frau Dr. Echterhoff begrüßte eine solidarische Finanzierung und die zusätzliche Zeit für Beratungen und Absprachen zwischen den Trägern und der Verwaltung.

Von Seiten der freien Träger der Ferienangebote meldete sich Herr Kourkoulos von Hotti e.V. Auch er dankte für die Verlängerung des Prozesses und wies darauf hin, dass bisher immer nur zwischen der Verwaltung und den Trägern abgestimmte Vorlagen in die Politik eingebracht worden seien. Er wünschte, dass dies beibehalten werde. Es bestehe weiterhin Diskussionsbedarf. Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Pich ergänzte er, dass auch die Jugendverbände und freien Träger 2020 Ferienangebote gemacht hätten und das breite Angeboten trotz der Corona-Einschränkungen nur dadurch möglich gewesen sei. Zu den Erläuterungen von Herrn Dr. Serafin gab er zu bedenken, dass ältere Kinder ab 12 Jahren aus seiner Sicht kaum für Ferienangebote zugänglich seien, es sei denn für Ferienfahrten. Der Bedarf bei jüngeren Kindern sei hingegen massiv gestiegen und von den vorhandenen Strukturen kaum zu decken. Von daher sehe er eine Öffnung der OGS für Ferienangebote positiv. Ferienaktionen sollten jedoch altersgemischt sein, da Eltern Geschwisterkinder unterschiedlichen Alters gerne gemeinsam bei einer Aktion anmeldeten. Angebote zur Auswahl in allen Ferienwochen außer den Weihnachtsferien seien dabei wichtig. Besonders wichtig für Jugendverbände und freie Träger sei jedoch die Frage der Umsetzung. Deren Angebote müssten auch marktwirtschaftlich orientiert sein und Einnahmeausfälle durch wegbrechende Teilnehmer könnten nicht alleine getragen werden. Beim Anmeldeverfahren dürfe es daher keine Nachteile zum Beispiel dadurch geben, dass die OGS einen direkteren Zugriff auf Kinder und Eltern habe. Zudem seien die freien Angebote sehr auf ehrenamtlicher Arbeit basiert und nur dann möglich, wenn die Ehrenamtlichen auch Zeit für ihre Tätigkeit hätten. Daher forderte er eine Bevorzugung bei der Terminfestlegung und Raumplanung. Die OGS könne besser die dann offenen Zeiten kompensieren.

Auch Frau Janke Schmidt bestätigte für die evangelische Jugendarbeit diese Einschätzungen aus eigener Erfahrung und verwies auf die Notwendigkeit eines außerschulischen Erfahrungsraums gerade für ältere Kinder und die durch die Ausweitung der Schulzeiten notwendige Verlagerung vieler Angebote der verbandlichen Jugendarbeit in die Ferien.

Herr Hensel bestätigte für die Pfadfindergruppen die schwierige Situation der Jugendverbände mit ihrer ehrenamtlichen Struktur. Ein zu leichter Zugang der Eltern auf OGS-Angebote würde diese Probleme erheblich verstärken. Er äußerte die Bitte an die Stadt, hier zu unterstützen, vor allem da das Ehrenamt gerade bei Jugendlichen eine erhebliche gesellschaftspolitische Bedeutung habe.

Herr Waldästl unterstützte die Verschiebung des Themas in die übernächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses und fasste die noch offenstehende Thematik in drei zent-

rale Fragestellungen zusammen:.. Zum einen die zu klärenden Fragen zwischen den freien Trägern der offenen und der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit und den Trägern der OGS, zum anderen die bedarfsgerechte Verteilung der Angebote auf die Ferienwochen sowie die Frage der Finanzierung.

Er begrüßte eine solidarische Finanzierung, warnte als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses aber vor einer Debatte über die Beitragssatzung in diesem Jahr. Die jetzige Satzung trage noch und die notwendigen Änderungen durch die zu erwartenden Landesvorgaben seien noch nicht klar. Die Debatte würde viel Zeit kosten, die besser in der Klärung der ersten beiden offenen Fragen investiert werden solle.

Frau Jung begrüßte ebenfalls die zusätzliche Beratungszeit und nannte die von Herr Kourkoulos angeführten Einwände als sehr wichtig. Die Vielfalt der verbandlichen und offenen Angebote und das Ehrenamt müsse bei der Frage der Ferienangebote fest im Auge gehalten und vorrangig betrachtet werden. Auch sie hielt es für verfrüht die Beitragssatzung für eine Solidarfinanzierung zu ändern.

Herr Dr. Serafin dankte für die konstruktiven Beiträge und gab seine Hoffnung kund, dass die offenen Fragen geklärt werden können. In diesem Jahr seien die Angebote der Struktur nach gesichert, ein Start der OGS-Angebote im kommenden Jahr möglich, in Teilen früher.

Auf Nachfragen erklärte er, der Altersschwerpunkt der OGS-Angebote auf die ersten beiden Schuljahre ergeben sich aus der Erfahrung, dass die Eltern für jüngere Kinder ein Angebot in gewohnter Umgebung bevorzugten, für ältere Kinder jedoch gerne auch ein anderes Angebot gesucht werde. Die bestehende breite Basis von Ferienangeboten durch freie Träger solle auf jeden Fall erhalten- und weiter gefördert werden. Diese breite Angebotspalette an Ferienangeboten sei ein besonderer Pluspunkt für Sankt Augustin. Eine verstärkte professionelle Unterstützung der Arbeit der Jugendverbände sei auch von der TH Köln in der zurückliegenden Evaluation der Jugendverbandsarbeit in Sankt Augustin als notwendig benannt worden.

Für die Ferienangebote sei ein unterstützender Service durch die städtische Jugendförderung, durch Beratung und bei der Öffentlichkeitsarbeit weiterhin vorgesehen und solle noch ausgebaut werden. Für ein zentrales Anmeldesystem sei eine digitale Form zu prüfen. Die Verteilung der Angebote solle ressourcenbedingt auf die verschiedenen Anbieter erfolgen, jedoch den Eltern für alle Ferienwochen auch Wahlmöglichkeiten bieten.

TOP 6: Fortschreibung der Corona bedingten Sonderrichtlinien

Herr Kremer berichtete über die Notwendigkeit der Weiterführung der für 2020 beschlossenen Sonderrichtlinien. Diese seien 2020 sehr hilfreich gewesen. Da viele geplante Angebote nicht stattfinden können, seien nach momentanem Abrechnungsstand von den zunächst beantragten 118.722 € etwa 53.600 € abgeflossen. Davon seien rund 16.500 € als Ausgleich für angefallene Stornogebühren gezahlt worden. Er verwies darauf, dass diese Minderausgaben auf die durch Corona bedingten Absagen zurückzuführen seien und dass die ausgezahlten Förderbeträge 2020 und wahrscheinlich auch 2021 nicht den tatsächlichen Förderbedarf wiedergeben und daher bei der künftigen Haushaltsplanungen keine Berücksichtigung finden sollten.

Er regte an, zu prüfen, ob nicht auch der Mehraufwand für Hygienemaßnahmen durch eine Erhöhung der Verbandsförderung kompensiert werden könnte.

Herr Kourkoulos fragte nach der Fördermöglichkeit für digitale Bildungsmaßnahmen. Herr Dr. Serafin bewertete beide Fragen als sachlich begründet und sagte zu beiden Fragen eine Prüfung zu.

Herr Misch schlug ein durch den Stadtjugendring (SJR) und die Verwaltung organisiertes Sommerfest für die ehrenamtlichen Helfer vor. Frau Schütze erinnerte hierzu auf ein ähnliches Fest für ehrenamtlich Tätige 2019.

TOP 7: Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 8: Sonstiges

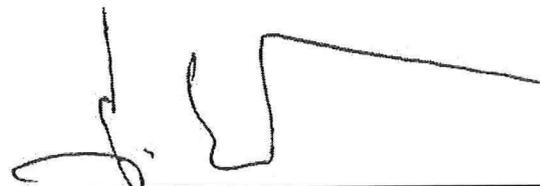
Auch zum Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ gab es keine Meldungen.

Ende der Sitzung

Der Vorsitzende, Sebastian Kremer, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für die Mitarbeit und schloss die Sitzung um 20:10 Uhr.



Klaus Engels
Protokollführer



Sebastian Kremer
Vorsitzender des Unterausschusses

Gesehen:



Ali Doğan
Erster Beigeordneter